

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

156 (7.7.1934) Zweites Blatt

Umschau.

Eitle Hoffnungen des Auslands. — Die Verfechter der „zweiten Revolution“. — Barthous Londoner Besuch.
(Durlach, 7. Juli.)

Die ausländischen und Emigrantentreise, welche die „zweite Revolution“ erhoffen und auch zu fördern suchen, taten dies natürlich nicht aus Herzenssympathie für die recht verschiedenartig zusammengesetzten Verschwörergruppen, denen das Handwerk so prompt gelegt wurde, sondern lediglich in der Berechnung, neue Zersetzungen in den nationalen deutschen Staat hinein zu bringen und ihn möglichst zu schwächen. Damit ist schon die Antwort auf die Frage erteilt, warum es eine entschlossene Tat bedurfte, die Ordnung in Deutschland zu sichern, wie sich denn auch der Reichspräsident und die Reichsregierung sofort hinter den Führer stellten und ihm ihren Dank aussprachen, daß er dem deutschen Volk großes Blutvergießen und dem Vaterland schwere Erschütterungen erspart habe.

Natürlich versucht nun die enttäuschte Emigrantepresse im Ausland alles, um die Ereignisse vor 8 Tagen als einen Ausdruck der Schwäche des deutschen Staates hinzustellen, während es doch im Gegenteil so ist, daß Hitler mit starker Hand seinen Willen durchgesetzt und die Elemente aus der Politik ausgemerzt hat, die dem Staatsganzen gefährlich zu werden drohten, ohne damit etwa irgend eine Politik gegen rechts oder links zu treiben, lediglich dadurch, daß er seinen ihm durch die Verantwortung für das deutsche Vaterland gewiesenen Weg ging. Es waren außerordentlich harte Maßnahmen, die getroffen werden mußten, die aber nun sogleich durch einen besonderen Beschluß des Reichstages als Staatsnotwehr rechts und als staatspolitische Pflicht bezeichnet wurden. Diejenigen, die ihre Teilnahme an der Verschwörung mit dem Tod büßen, verdienen kein Mitleid. Diejenigen aber, die bei geplanten Verhaftungen oder bei der Besetzung von Gebäuden grundlos Widerstand leisteten, haben es sich selbst zuzuschreiben, daß ihre Resistenz mit Waffengewalt gebrochen wurde, denn es mußte schnell und entschlossen vorgegangen werden.

Alles Wissenswerte und Grundsätzliche über die Notwendigkeit des Eingreifens ist der Öffentlichkeit in einem Umfang mitgeteilt worden, wie das bei ähnlichen Vorgehens im Ausland nicht üblich ist; wenn auch gewisse Dinge und Vorkommnisse aus staatspolitischen Gründen außenpolitischer und innenpolitischer Art zunächst noch nicht mitgeteilt werden konnten. Soviel ergibt sich aber bereits, daß das Ausland seine Hände im Spiel gehabt hat und die an der Verschwörung beteiligten ehrgeligen Elemente und Abenteuerernaturen als seine Werkzeuge gegen den neuen deutschen Staat zu benutzen gedachte. Die Rebellentique um Röhm und Schleicher, mag sich über vieles im Einzelnen nicht im Klaren gewesen sein, aber darin bestand gerade die besondere Gefahr der Verschwörung. Ein Bürgerkrieg hätte kommen müssen, wenn es tatsächlich gelungen wäre, einen Teil der SA und gar der Reichswehr gegen die Staatsführung aufzuwiegen und für solche Pläne zu benutzen. Warum sich aber die Verfechter der zweiten Revolution mit Herrn Schleicher zusammenfanden, das erklärt sich daraus, daß diese Landsknechtentypen ihre Aussichten immer mehr sinken sahen und Hilfe nehmen wollten, wo sie sie zu finden glaubten. Wie sehr man für das Ausland arbeitete, das zeigte auch das Zugeständnis, nach Ergreifung der Macht bedingungslos nach Genf zurückzukehren, also den Anspruch auf praktische Gleichberechtigung Deutschlands aufgeben zu wollen.

In einer der lieblichsten deutschen Landschaften, am grünen Tegernsee, hat die politische Tragödie ihren Anfang genommen, die die ganze Welt aufhorchen ließ. Der Führer ist in diesen Tagen, die wohl die schwersten in seinem Leben waren, zu tragischer Größe emporgewachsen. Er mußte alte Kampfgenossen, die sein Vertrauen aufs schlimmste mißbraucht haben, erschließen lassen. Menschen, denen er die Treue noch gehalten hat, als diese sie ihm längst gebrochen hatten. Vor allem müssen doch nun die Feinde im Ausland erkennen, daß sie nichts mehr zu erhoffen haben, wenn sie sich darauf verlassen, durch deutsche Sonderbündler ihre Geschäfte treiben zu können. Das kann gerade der neue deutsche Staat nicht dulden und deshalb mußte er sogleich ein blutiges Exempel statuieren und die Verbrecher sofort ohne Ansehen der Person richten. Es ist eine Krankheit, die sofort erkannt und schonungslos beseitigt wurde. Gleich darauf hat der Führer eine Anordnung erlassen, die es verhindern wird, daß Gewalttaten auf eigene Faust verübt werden könnten, die auch Unschuldige zu treffen imstande wären, sobald der Rest der Vereinigung nun der normalen Justiz, d. h. dem besonders für Landes- und Hochverratsachen errichteten Volksgerichtshof erstegt obliegt.

Am morgigen Sonntag wird sich der französische Außenminister Barthou, nachdem er rings um Deutschland herum am Werk war, nachdem er Warschau, Prag, Budapest und Belgrad besucht hatte, nach London gehen. Was er will, ist klar, ergibt sich schon aus seinem Reisedeck. Er will die Einkreisung und sucht sie nun durch irgend ein Abkommen mit England zu vollenden oder zu verbessern. Freilich trifft er den in Urlaub gegangenen Ministerpräsidenten MacDonald nicht an und sein Stellvertreter Baldwin ist gerade der Mann, der nichts als englische Politik treiben wird und genau weiß, daß die Vorkriegsbindung an Frankreich kein Land zu der großen Fehlberechnung des Weltkrieges geführt hat. Kürzlich hat sich der tschechoslowakische Außenminister Beneš wieder aufs eifrigste bemüht, die französischen

Thesen zu verteidigen. Dabei erfuhr man auch, daß die Abmachungen mit Rußland dem Rätebund eine westliche Rückendeckung schaffen sollen, daß also mit anderen Worten Herr Litwinow in Wirklichkeit das größte Mißtrauen gegen die Staaten hat, die er mit seinem Pakt gewinnen will, nämlich Polen und Rumänien, während die französischen Ziele doch ganz andere sind, sodaß also doch einer schließlich der Betrogene sein muß, entweder Herr Barthou oder Herr Litwinow. Dazu liegen obendrein die Dinge gar nicht so einfach. Ein wichtiger und militärisch starker Staat im Südosten nämlich Südslawien, das sich mit Recht aus alldem gar keine Vorteile verspricht, will nicht mitmachen und läßt es viel lieber, das Deutschland und Frankreich sich endlich verständigen, wodurch allerdings Ruhe und Sicherheit auf unserem Erdteil am schnellsten und wirksamsten gewährleistet würden. Eine Binsenwahrheit die merkwürdigerweise nicht durchzubringen vermag.

Dr. Frick zu den Steuerreformplänen

Berlin, 6. Juli. Reichsminister des Innern Dr. Frick hat an den Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr verehrter Herr Reichsminister:

Staatssekretär Pq. Reinhardt hat in München die in Ihrem Ministerium geplanten Steuerreformpläne betanzt. Dabei haben Sie den bevölkerungspolitischen Forderungen, die ich bei der ersten Sitzung des Sachverständigenrates für Bevölkerungs- und Familienpolitik am 28. Juni 1933 gestellt habe, weitgehend Rechnung getragen, wofür ich Ihnen als der für die bevölkerungspolitischen Maßnahmen zuständigen Minister meinen besten Dank aussprechen nicht verfehlen möchte.

Ich erinnere dabei außer der Förderung der Eheschließung, die von Ihrem Ministerium schon im vergangenen Sommer in Angriff genommen war, an die Erhöhung der Kinderermäßigung bei der Neuregelung der Einkommensteuer, wie an die Freibeträge für Kinder bei der künftigen Vermögens- und Erbschaftsteuererhebung. Auch ist Staatssekretär Reinhardt bereitwillig einer Anregung des Leiters meiner Abteilung „Volksgesundheit“ gefolgt, Familien mit Kindern von der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe zu befreien, so daß schon heute Familien mit einem und zwei Kindern bei einem monatlichen Einkommen bis 500 RM. und Familien mit drei und mehr Kindern auch bei einem höheren Einkommen von 500 bis 3000 RM. monatlich von dieser Abgabe freigestellt sind. Dieser Weg, zunächst Abgaben oder Versicherungsbeiträge bei denjenigen zu senken, die durch den Unterhalt und die Aufzucht von Kindern für das Weiterbestehen und die Zukunft unseres Volkes sorgen, scheint mir ganz besonders wertvoll und berechtigt zu sein, da er zunächst vielleicht die einzige Möglichkeit darstellt, die Familie und insbesondere die ländereiche Familie wirtschaftlich zu stützen. Aus diesem Grunde begrüße ich ganz besonders die von Pq. Reinhardt vertretene Absicht, ab Frühjahr 1935 die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung zu ermäßigen und zunächst damit zu beginnen, daß die Arbeitnehmer mit einer größeren Kinderzahl, z. B. bei drei und mehr Kindern, vom Arbeitslosenversicherungsbeitrag ganz befreit werden sollen.

Vor allen Dingen bin ich aber auch davon überzeugt, daß diese bevölkerungspolitische Steuerreform geeignet erscheint, die Kaufkraft der Familie allgemein zu erhöhen und so den inneren Wirtschaftsmarkt zu stärken. Es ist zweifellos richtig, daß gerade in ländereichen Familien infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage der breiten Masse ein großer Mangel an Bedarfsgegenständen aller Art eingetreten ist, dessen Deckung in den nächsten Jahren gefördert und erreicht werden muß. So dürfen sich die Senkung der Lohnsteuer und die Befreiung von der Arbeitslosenhilfe schon heute dahin auswirken, daß die Arbeitslosigkeit durch Belebung der betreffenden Wirtschaftszweige weiter zurückgeht.

Ohne diese schon jetzt anerkennenswerte Hilfe zur Beseitigung der notwendigen Lebensbedürfnisse einer ländereichen Familie zu unterschätzen, darf ich jedoch in diesem Zusammenhang erneut darauf hinweisen, daß es trotzdem auch weiterhin unser Bestreben sein und bleiben muß, die Lebensbedürfnisse einer Familie mit ausreichender Kinderzahl durch Erhöhung des Nahrungsspielraums mehr und mehr sicherzustellen.

Gerade bei der breiten Masse der Volksgenossen mit kleinem Lohn- und Arbeitseinkommen ist ein Ausgleich der Familienlasten die einzige Möglichkeit, um die Kindererziehung auch zu gewährleisten und die bestehende Not in diesen Familien zu mildern. Wenn der Ausgleich in Prozenten des Einkommens geschaffen wird, so ist damit auch eine gewisse Gewähr geboten, daß eine Besserstellung nur wertvollen Familien und Gliedern unseres Volkes zugute kommen wird. Dabei will ich keineswegs verkennen, daß nach wie vor die Eltern aus Liebe zu ihren Kindern Opfer und Entsagung werden auf sich nehmen müssen, die den Kinderlosen und Kinderarmen erspart bleiben. Immerhin wird jede, auch schon geringe wirtschaftliche Entlastung der Familie dazu angetan sein, die seelische Einstellung unseres Volkes im Sinne der Erhaltung der Art und der Rasse zu wandeln. Nur so wird es uns gelingen, die deutsche Familie und unser Volk entsprechend dem Ziel der nationalsozialistischen Bewegung mit der Heimat und dem deutschen Staat unlösbar zu verbinden.

Da mir diesem Ziel durch die beabsichtigte bevölkerungspolitische Steuerreform nähertommen, danke ich Ihnen für die entscheidende Unterstützung bei der Durchsetzung bevölkerungspolitischer Ziele und darf Sie gleichzeitig bitten, Pq. Reinhardt diesen Dank zu übermitteln.

Frankreich will ein Generalkonsulat in Saarbrücken

Paris, 6. Juli. Der Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten nahm Freitag einen Bericht des Außenministers Barthou über die internationale Lage entgegen, an den sich eine lebhaft ausgeprägte Anschließung. Auch die Saarfage wurde bei der Aussprache angeschnitten. Der Abg. Frithourg richtete an den Minister die Aufforderung, in Saarbrücken ein französisches Generalkonsulat zu schaffen. Barthou erwiderte, daß er mit diesem Vorschlag einverstanden sei. Der gleiche Abgeordnete verlangte vom Minister eine Erklärung darüber, daß die Festlegung des Abstimmungszeitpunktes im Saargebiet auf den Januar 1935 dadurch bedingt bleibt, daß Deutschland die in Genf eingegangene Verpflichtung, die Freiheit und Sicherheit der Saarländer zu achten, einhält. Barthou versicherte, daß dies auch seine Auffassung sei.

Neubau der Sozialversicherung

Von Dr. Herbert Hummel

NSR. Wenn die Reichsregierung in dem Bestreben, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse neu zu ordnen, nunmehr auch die Neugestaltung der Sozialversicherung mit Tatkraft und Ueberlegung in Angriff genommen hat, dann kann sie sicher sein, daß die Deutschtätigkeit gerade diesen Arbeiten mit besonderem Interesse folgt. Wohl an keiner staatlichen Einrichtung ist das ganze Volk so unmittelbar beteiligt, wie an der Sozialversicherung; kommen doch etwa 48 Millionen Menschen in den Genuss ihrer Leistungen. Für dieses Heer von Erwerbstätigen, die mit ihren Familienangehörigen zwei Drittel der Gesamtbevölkerung Deutschlands darstellen, gilt es von Staatswegen für die Wechsellälle des Lebens (Krankheit, Arbeits- und Erwerbsunfähigkeit, Unfall, Invalidität, Alter, Tod, Entbindungen, Schwangerschaftsbeschwerden, Zurückbleiben als Witwe, Witwer und Waise), die materiellen Lebensversicherungen zu schaffen.

Die deutsche Sozialversicherung reicht in ihren Anfängen in die Zeiten Bismarcks zurück. Damals schon hatte man mit dem Fortschreiten der Industrialisierung Deutschlands erkannt, daß die Allgemeinheit verpflichtet ist, für die im Wirtschaftskampf Stehenden und an der Vermehrung des deutschen Volksvermögens Schaffenden aus dem Gefühl der Volkverbundenheit und der sozialen Gerechtigkeit zu sorgen. Dieses Gedankengut hat die nationalsozialistische Bewegung neu aufgegriffen und von Anbeginn den großzügigen Ausbau der Sozialversicherung gefördert. Daß sie dabei von den Gedanken der liberalistischen Fürsorgeanstalten weit abtrat und an Stelle des Almosenstems den Rechtsanspruch des Versicherten auf die staatlich garantierte Leistung verwirklicht sehen will, entspricht der von ihr verkündeten Lehre vom Adel der Arbeit.

Das deutsche Volk hat gelernt, jede Arbeit, auch die des Geringsten, höher zu werten und sie als unentbehrlichen Teil auf die Gesamtarbeitsleistung des Volkes zu beziehen. Aus diesem an sich selbstverständlichen Zurechnungsverhältnis folgt, daß jeder einzelne trotz seiner Arbeitsleistung ein Recht erwirbt an dem so geschaffenen Sozialprodukt und damit auch ein Recht auf Lebensversicherung aus Mitteln des Volksvermögens. Daß jeder einzelne selbst noch durch Beitragsleistung, daß der Führer des Betriebes für die wirtschaftliche Sicherstellung seiner Gefolgschaft seinen Teil zur Aufbringung der erforderlichen Mittel beisteuern muß, ändert nichts an den grundlegenden sittlichen Anschauungen des neuen Staates.

Die Reichsregierung ist auf dem besten Wege, die sozialen Forderungen der nationalsozialistischen Bewegung in die Wirklichkeit umzusetzen. Daß sie dabei nur Schritt für Schritt in einzelnen Stappen an die Umbildung des Rechts der Sozialversicherung herangeht, spricht dafür, daß sie sich der großen Verantwortung, die gerade bei Bewältigung dieser Aufgabe auf ihren Schultern ruht, bewußt ist.

Die Regierung des Dritten Reiches ist zunächst mit Hilfe des Gesetzes vom 27. Dezember 1933 daran gegangen, die finanziellen Grundlagen der durch die Parteien des November-Systems und durch deren Inflation bis zur Zahlungsunfähigkeit heruntergewirtschafteten Sozialversicherung ohne Beitragserhöhung und ohne Kürzung der laufenden Renten in Ordnung zu bringen. Hand in Hand damit ging die Reinigung der Krankenversicherung von den Korruptionsercheinungen.

Durch Gesetz vom 17. Mai 1934 wurden die Sozialversicherungsgeetze in eine Fassung gebracht, die es dem Laien und dem Praktiker erst möglich machte, ohne langwierige Studien mit diesen Gesetzen zu arbeiten. Die Verordnung, die den Umfang des Rechtsstoffes durch Außerachtlassung von rund 40 Gesetzen und Verordnungen und durch Verringerung des Paragraphengewirrs um 400 Paragraphen außerordentlich vermindert hat, brachte gleichzeitig eine nicht unerhebliche Erweiterung des sozialen Bereichs der Arbeitslosenversicherung als Ersatz für die Erhaltung der Anwartschaft auch für solche arbeitslose Versicherte zugelassen, die selbst keine Unterstützung erhalten, für die aber ein Zuschlag zur Unterstützung eines anderen Arbeitslosen oder Hilfsbedürftigen gewährt wird.

Nunmehr hat die Reichsregierung am 3. Juli 1934 ein neues Gesetz über den Aufbau der Sozialversicherung beschlossen und durch einheitliche Zusammenfassung gemeinschaftlicher Aufgaben der Versicherungsträger, namentlich auf dem Gebiete der Gesundheitspolitik, die Zersplitterung und Unübersichtlichkeit der Sozialversicherung beseitigt und ihre Leistungsfähigkeit gestärkt.

Das Gesetz lot vorwiegend organisatorische Fragen; stellt doch die Organisation der Sozialversicherung von jeher das Zentralproblem dar. Die Reichsversicherung umfaßt folgende Versicherungszweige: die Krankenversicherung, die Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten, die Unfallversicherung und die Knappschaftsversicherung. Neu in diesem Katalog ist die Bezeichnung Rentenversicherung für die bisher als Invalidenversicherung und Angestelltenversicherung bestehenden Versicherungszweige. Dies hat seinen guten Grund darin, daß sowohl in der Invalidenversicherung als auch in der Angestelltenversicherung als Regelleistungen die Renten in den Vordergrund gestellt sind.

Zum Zwecke fruchtbarer gemeinsamer Arbeit werden die Träger der Kranken- und Rentenversicherung zu einer einheitlichen Organisation zusammengelassen und durch die Unterstellung der Krankenkassen und Erntekassen für Arbeiter unter die Aufsicht der Landesversicherungsanstalt zur Staatsgewalt in Verbindung gebracht. Die Landesversicherungsanstalt ist Träger der Invalidenversicherung ihres Bezirks; sie ist Träger der Krankenversicherung für solche Aufgaben, die zweckmäßig gemeinsam für ihren Bezirk durchgeführt werden (Gemeinschaftsaufgaben). Auf diese Weise muß es gelingen, in wirtschaftlicher und nachhaltiger Weise die Aufgaben der Krankenversicherung zu lösen. Die Gemeinschaftsaufgaben der Krankenversicherung wird der Reichsarbeitsminister bestimmen. Gedacht ist hierbei vor allem an den Betrieb von Heilanstalten, Erholungsheimen, an das Vertragswesen, an die Bildung von Rüdlagern und an sonstige Aufgaben der Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik.

Die Landesversicherungsanstalt kann sich hinfort der Krankenkassen als Außenstelle bedienen und in Verbindung mit dem Gemeinde-Unfallversicherungs-Verband, mit dem sie nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen eine Verwaltungsgemeinschaft unter einheitlicher Führung bilden wird, wertvolle soziale Arbeit verrichten. Die Krankenkassen bleiben im übrigen, soweit es sich nicht um Gemeinschaftsaufgaben handelt, als selbständige Versicherungsträger bestehen. Bei Durchführung von Aufgaben der Invalidenversicherung und von Gemeinschaftsaufgaben sind sie verpflichtet, den Weisungen des Leiters der Landesversicherungsanstalt Folge zu leisten. Die Erlassungen der Krankenkassen werden in die Sozialversicherung eingebaut; sie unterliegen der Aufsicht und Rechtsprechung der Sozialversicherungsbehörden. Die Erlassungen der Angestelltenversicherung werden aufgehoben. Mit diesem Teil der Reform ist für die Sozialversicherung in den einzelnen Landesteilen (Ländern, Provinzen) eine einheitliche Spitze geschaffen und eine zielbewusste Führung gesichert.

Was den Behördenaufbau anbetrifft, so werden die Landesversicherungsämter aufgehoben. Das Reichsversicherungsamt ist im Zuge der Vereinheitlichung der Reichs- und Länderverwaltung und der Rechtsprechung als oberste Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde bestimmt. Seiner Aufsicht untersteht auch die Reichsanstalt für Angestelltenversicherung, die Reichsrentenversicherung und die Reichsbahnarbeiter-Pensionkasse.

Die neuen Grundzüge über die verantwortliche Führung sind nunmehr auch in dieses Gesetz eingearbeitet. Hinfort hat jeder Träger der Sozialversicherung einen Leiter. Zu seiner Unterstützung ist ein Beirat bestimmt. Dieser besteht aus Vertretern des Versicherungsträgers, aus Führern von Betrieben, deren Erfolgshaft bei dem Versicherungsträger versichert ist, einem Arzte und einem Vertreter der Gebietskörperschaft, für die der Versicherungsträger zuständig ist. Dem Beirat einer Betriebskrankenkasse gehören nur Versicherte und Vertreter des Führers des Betriebes an.

Eine wesentliche Neuerung bringen die Bestimmungen über die Aufsicht. Die Aufsichtsbehörde kann ihre Aufsicht auch auf Fragen der Zweckmäßigkeit erstrecken. Durch die Bestimmungen über die Finanzgebarung ist festgelegt, daß — abgesehen von der Unfallversicherung — die Beiträge zur Sozialversicherung von den Versicherten und ihren Unternehmern gemeinsam zu gleichen Teilen aufgebracht werden. Zum Ausgleich ungerechtfertigter Verschiedenheiten in der Höhe der Beiträge und Leistungen wird für die Träger der Krankenversicherung eine Gemeinlast eingeführt. Hierüber werden noch weitere Bestimmungen folgen. Die wirtschaftliche Selbstverantwortung der Krankenkassen bleibt unberührt.

Eine Neuregelung des Verfahrens wurde bisher nicht vorgenommen. Sie soll einem besonderen Gesetz vorbehalten bleiben.

Mit diesen Ausführungen ist in kurzen Zügen der Inhalt des neuen Gesetzes wiedergegeben. Das Gesetz will als Rahmengesetz im Zuge der Reformarbeit wiederum einige große Grundlinien festlegen, auf denen das neue Gebäude der deutschen sozialen Versicherungen errichtet werden soll. Das Werk wird erst vollendet sein, wenn ein einheitliches, klar aufgebautes und vollständig verständliches Gesetz das Wissen um die Sozialversicherung in das Volk und das Volk in eine leistungsfähige Sozialversicherung eingebaut haben wird.

Vorführung der deutschen Getreideernte

Berlin, 6. Juli. Auf Grund der von den amtlichen Saatenstandsberatern zu Anfang Juli abgegebenen Schätzungen über die Getreideernte errechnen sich bei den Hauptgetreidearten folgende Durchschnittserträge je Hektar: Winterroggen 16,3 Doppelzentner (gegen 16,5 Doppelzentner im Mittel 1924—1933), Sommerroggen 12,2 (12,1) Doppelzentner, Winterweizen 18,2 (20,5) Doppelzentner, Sommerweizen 16,8 (20,3) Doppelzentner, Spelz 12,1 (12,0) Doppelzentner, Wintergerste 21,1 (23,6) Doppelzentner, Sommergerste 17,1 (18,6) Doppelzentner, Hafer 15,7 (18,6) Doppelzentner. Unter Zugrundelegung der Ende Mai festgestellten Anbauflächen wäre nach den zu Anfang Juli abgegebenen Schätzungen der amtlichen Berichterstatter eine Gesamternte an Roggen von etwa 7,27 Millionen Tonnen (gegen 7,52 Millionen Tonnen im Mittel 1924—1933), Weizen und Spelz von 4,10 (3,88) Millionen Tonnen, Wintergerste von 641 000 (442 000) Tonnen, Sommergerste von 2,27 (2,49) Millionen Tonnen, Hafer von rund 5,0 (6,38) Millionen Tonnen zu erwarten. Zwar bleibt die Getreideernte des Jahres 1934 gegenüber der ungewöhnlichen Rekorderte des Vorjahres nicht unerheblich zurück. Im Vergleich zum langjährigen Mittel (1924—1933) ergibt sich für Brotgetreide (d. h. für Roggen, Weizen, Spelz) eine Mittelernte, nämlich insgesamt 11,37 Millionen Tonnen gegen 11,40 Millionen Tonnen im Mittel der letzten zehn Jahre. Auch bei Getreide kann im ganzen mit einer Mittelernte gerechnet werden (2,91 Millionen Tonnen gegen 2,93 Millionen Tonnen). Verhältnismäßig ungünstig sind die Aussichten für die Sommerernte; der nach dem derzeitigen Stand zu erwartende Ertrag bleibt gegenüber dem langjährigen Mittel um rund 22 v. H. zurück. Für die Beurteilung dieser Ergebnisse ist zu berücksichtigen, daß es sich hierbei um eine erste Vorführung handelt, bei der das Getreide (zu Anfang Juli) noch auf dem Halme stand. Im übrigen kann ein normaler Witterungsverlauf der nächsten Wochen (vermehrte Niederschlagsmenge) noch gewisse Besserungen bringen, insbesondere für Hafer, dessen Entwicklungsperiode am spätesten abgeschlossen ist.

Das hameische Königspaar in Potsdam

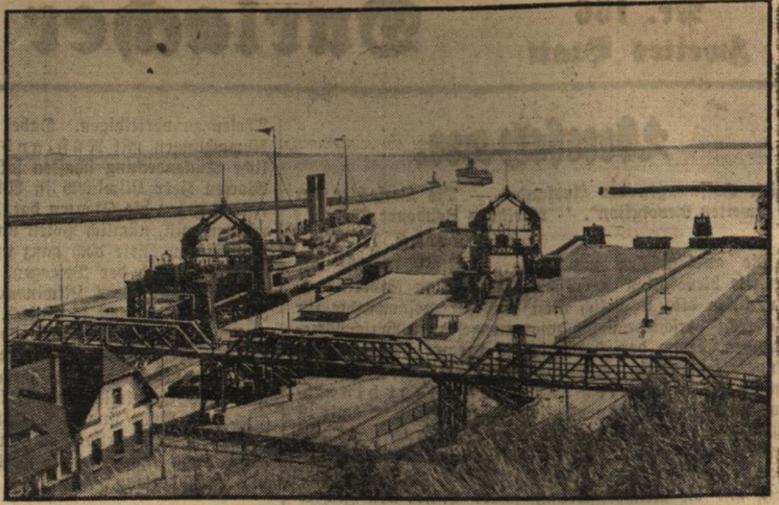
DA. Potsdam, 6. Juli. Das hameische Königspaar besichtigte am Freitag nachmittag die Sebenswürdigkeiten Potsdams. Zunächst ging die Fahrt zur Arbeitsstätte des freiwilligen Arbeitsdienstes an der Saarmünder Chaussee, wo praktische Arbeit beim Siedlungsbau gezeigt wurde. Legationssekretär von Mumm gab in Verbindung mit der Arbeitsdienstleitung die nötigen Erklärungen. Anschließend wurde das Arbeitsdienstlager selbst besichtigt, wo die Mannschaften im Hofe angetreten waren. Darnach bestiegen die Gäste die Kuppel des Astrophysikalischen Observatoriums und besichtigten den großen Doppelreflektor. Durch die Straßen Potsdams ging dann die Fahrt nach Sanssouci. Nach einer Rundfahrt durch den Park besuchte das Königspaar das Schloß, wo es längere Zeit im Sterbezimmer und in der Bibliothek des Großen Königs verweilte. Nach einem kleinen Imbiß lehrte das hameische Königspaar in die Reichshauptstadt zurück.

Besuch des Königs von Siam

Stuttgart. Das Königspaar von Siam wird, wie nunmehr feststeht, auf seiner Deutschlandreise auch der Stadt Stuttgart einen Besuch abstaten und vom 18. bis 20. Juli mit Gefolge hier Aufenthalt nehmen. Für den 19. Juli ist eine Fahrt nach Kriemhildshafen vorgesehen.

Die Schwedenfähre Sahnis-Trelleborg 25 Jahre alt

Die Fährschiff-Anlage in Sahnis, von wo die Eisenbahnzüge nach Schweden in Fährschiffen nach Trelleborg übergesetzt werden, besteht am 6. Juli ein Vierteljahrhundert.



25 Jahre Fährverbindung Sahnis-Trelleborg

Erinnerungsfeier der Deutschen Reichsbahn.

DA. Sahnis, 7. Juli. Anlässlich des 25jährigen Bestehens der Eisenbahnfähre Sahnis-Trelleborg hat die Deutsche Reichsbahn am 6. Juli zu einer feierlichen Feier an Bord des Fährschiffes eingeladen.

Nachdem die schwedischen Gäste unter den Klängen der schwedischen und deutschen Nationalhymne in Sahnis angekommen waren, verließ die feierlich geflaggte „Deutschland“ bei herrlichem Sommerwetter den Hafen. Während des Essens begrüßte Generaldirektor Dorpmüller im Namen der Deutschen Reichsbahn die Gäste. Er gedachte der großen wirtschaftlichen Bedeutung der Fährverbindung im zwischenstaatlichen Verkehr und wies besonders auf den Anstieg des Fährverkehrs 1934 gegenüber 1933 im Post- und Stückgutverkehr hin, der allen Eisenbahnern ein Ansporn zum weiteren Einlaß ihrer Kräfte sein werde, zum Segen der beteiligten Länder.

Generaldirektor Angier dankte im Namen der schwedischen und norwegischen Staatsbahnen der Deutschen Reichsbahn für die vorbildliche Kameradschaft, die in langen Jahren der gemeinschaftlichen Arbeit auch in schwierigen Lagen erprobt sei. Nach Ueberqueren der Dikse auf der „Deutschland“ wurde der Abend des Festtages durch einen Empfang der Stadt Trelleborg und der schwedischen Staatsbahnen an Bord des schwedischen Fährschiffes „Konung Gustaf V.“ abgeschlossen. Von Bord der „Deutschland“ wurden an den König und an den Kronprinzen von Schweden und an den schwedischen Verkehrsminister, sowie an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und dem Reichsverkehrsminister Begrüßungstelegramme gesandt.

Ministerpräsident Göring verabschiedet Berliner Landhelfer

DA. Berlin, 7. Juli. Vom Schlesischen Bahnhof wurde am Freitag spätabends ein Landhelfertransport nach Ostpreußen abgelassen. Zur großen Freude und Ueberraschung der 200 Landhelfer erschien Ministerpräsident Göring, der förmlich begrüßt wurde. Umringt von der Landhelferjugend hielt der Ministerpräsident eine kurze Ansprache: „Ihr, meine jungen Volksgenossen, fahrt jetzt, folgt der Ministerpräsident Göring u. a., hinaus in eine Gegend, die Euch nicht bekannt ist. Nur in der Großstadt kennt man die Schönheiten der Heimat nicht, auf dem Lande aber wird die Verbundenheit mit der Natur wieder wach, die die deutschen Menschen früher verbunden. Ich hoffe, daß, wenn Ihr zurückkehrt, der Drang in Euch lebendig bleibt, diese Verbundenheit mit Natur und Land weiter zu pflegen. Ich hoffe weiter, daß Ihr Euch recht wohl draußen fühlen werdet. Wer in der Stadt geboren wird, soll nicht in Haß gegen den Bauer aufwachsen. Euch, die Ihr durch Arbeitsnot früher nicht hinauskommt, rufe ich zu: Freut Euch und erhalt Euch, das ist mein heiligster Wunsch!“

Der Ministerpräsident brachte am Schluß seiner Ansprache ein Heil auf den Führer aus, in das mit ungeheurer Begeisterung eingestimmt wurde. Das Horst-Wessel-Lied bekräftigte die Worte des Ministerpräsidenten. Aus der Mitte der Jugend heraus wurde anschließend ein Sieg Heil auf den Ministerpräsidenten ausgebracht. Während der Zug langsam in die Halle einfuhr, wurde das Deutschland-Lied gesungen. Von Abteil zu Abteil lenkte der Minister dann seine Schritte, an die Mädchen Schokolade verteilend, und an die Jungen ein großes Paket überreichend.

Als der Zug sich in Bewegung setzte, wollten die Heilrufe kein Ende nehmen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Fünf Geschwister vom Zug überfahren. An einem ungeschützten Bahnübergang in der Nähe von Salern (Italien), ereignete sich ein Unglück, das fünf Geschwister das Leben kostete. Die fünf Kinder eines Bauern wollten auf einem Eisstarren ihrem Vater, der auf dem Felde arbeitete, das Essen bringen. Der Karren wurde von einem Zug erfasst und vollständig zertrümmert. Vier Kinder waren sofort tot, das fünfte starb bald darauf.

Frau und Tochter ertrinkt. Am Donnerstag wurde die 39jährige Ehefrau Elisabeth Witz in einem Nebenraum ihres Ladengeschäftes in Reinickendorf-Ost (Berlin) mit einer Schußverletzung tot aufgefunden. Ihr Mann, der 45jährige Karl Heinz Witz, wollte angeblich mit seiner Frau und seiner 14jährigen Tochter Gisela eine Reise nach Westerland antreten. Die Auffindung der Leiche erfolgte durch Verwandte, die das Ladengeschäft aufsuchten. Auch die Leiche der Tochter wurde gefunden. Witz ist geschnitten.

Ueberflutungen in Nordafghanistan. Eine verheerende Ueberflutung hat mehrere Ortschaften in Nordafghanistan heimgesucht. 90 Menschen sind ums Leben gekommen. Außerdem sind 1000 Stück Vieh zugrunde gegangen.

Zwischenfälle in San Franzisko. Bei Zusammenstößen zwischen streikenden Hafenarbeitern und Polizei sind drei Arbeiter ums Leben gekommen; etwa 60 wurden verletzt. Auf Seiten der Polizei gab es fünf Verletzte.

Absturz eines Bombenflugzeuges. Ein großes Bombenflugzeug neuester Typs stürzte bei einem Probeflug in der Nähe des Flugplatzes Henford aus ziemlich großer Höhe ab. Einer der Insassen fand den Tod.

Eden gegen neue Sicherheitsgarantien

London, 6. Juli. Nachdem das Abrüstungsproblem schon seit einiger Zeit in der Berichterstattung verschwunden war, wurde die Frage von dem Lordiegelbewahrer zum Gegenstand einer Rede gemacht, die besonderes Gewicht erhält, wenn man sie im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Besuch Barthous in London sieht. Dieser Besuch des französischen Außenministers in Begleitung des französischen Marineministers hatte in den letzten Tagen zu den verschiedensten Kombinationen veranlaßt, unter denen an erster Stelle die Möglichkeit eines englisch-französischen Bündnisses stand. Während von britischer Seite herartigen Vermutungen nachhaltig entgegengetreten wurde, zeigte Paris nicht dieselbe Energie in der Ablehnung solcher Absichten. Unter diesen Umständen ist Edens Erklärung gegen neue britische Bindungen von besonderer Wichtigkeit.

In seiner in Stof gehaltenen Rede begann Eden mit einer eingehenden Darlegung der Gründe, die nach seiner Ansicht mit zu einem Scheitern der Abrüstungskonferenz geführt haben. U. a. wiederholte er, nach wie vor sei er der Ansicht, daß die deutsche Regierung keinen Anlaß gehabt habe, die Abrüstungskonferenz zu verlassen. Weiter bestritt er sich Eden mit der Sicherheitsfrage. Keine Sicherheit, die eine britische Regierung heute anbieten könnte, sei an sich schon geeignet, die Erzielung einer Abrüstungskonvention zu ermöglichen. Hinsichtlich der territorialen Sicherheit sei Großbritannien in den Locarnoverträgen mit Bezug auf die Teile Westeuropas, an denen es eng interessiert sei, bereits so weit gegangen, wie es nur gehen könne.

„Wir stehen zu den Locarnoverträgen“, erklärte Eden, „aber wir sind nicht bereit, die Bindungen, die wir in diesen Verträgen eingehen, auf andere Teile Europas auszuweiten, an denen wir nicht so stark interessiert sind.“ Am 10. April habe, so führte Eden weiter aus, die britische Regierung in Paris angefragt, welche Durchführungsbedingungen es der französischen Regierung ermöglichen würden, das Memorandum der britischen Regierung mit dem vom deutschen Kanzler im Gespräch mit Eden vorgeschlagene Änderungen anzunehmen. Aus der Antwort der französischen Regierung sei damals klar hervorgegangen, daß es keine Garantien für die Durchführung einer Abrüstungskonvention gebe, die es nach Pariser Auffassung Frankreich ermöglichen würden, einem sofortigen beschränkten deutschen Aufrücken zuzustimmen. Keinerlei Sicherheitsgarantie, die eine britische Regierung machen könnte, sei in der Lage, diese bereits tiefe Klüft zu überbrücken. Seit allein unter den Großmächten Europas habe England beharrlich das ursprüngliche Ziel der Abrüstungskonferenz verfolgt, nämlich die Abrüstung. Es habe „bis zum Rande des Risikos“ abgerufen.

Gegen die französisch-englische Geheimdiplomatie

London, 6. Juli. Die englische Presse beobachtet aufmerksam die Bemühungen, die auf ein neues englisch-französisches Militärbündnis hinauslaufen. Ein Vertreter der englischen Opposition berregte am Freitag im Unterhaus den stellvertretenden Ministerpräsidenten Baldwin, welche Bedeutung der neuerliche Besuch des französischen Generalstabschefs Weggand in London, die Reise des englischen Kriegsministers, Lord Hailsham, und des englischen Generalstabschefs nach Frankreich haben. „Daily Express“ zufolge ist es möglich, daß es vor der Sommereröffnung des Unterhauses zu einer Ansprache über den gesamten Fragenkomplex kommen wird. Unter der Ueberschrift „Versteht es nicht?“ erinnert das Blatt an die englisch-französischen Militärabmachungen vom Jahre 1914 und erklärt: Die jetzigen Bemühungen liefern darauf hinaus, ein neues Militärbündnis abzuschließen. Das Blatt sagt zum Schluß: Kein Krieg mehr für England! Die liberale „News Chronicle“ überschreibt ihren Leitartikel mit den Worten: Keine Geheimdiplomatie mehr, und sagt: Der Verdacht, daß der Besuch des französischen Generalstabschefs Weggand in London und die Reise des englischen Generalstabschefs nach Frankreich militärische Hintergründe hätten, sei natürlich.

Die englischen Aufrüstungspläne

London, 6. Juli. Die gesamte englische Presse berichtet am Freitag über die englischen Aufrüstungspläne. Große Bedeutung wird der Erklärung des Lordiegelbewahrers Eden beigemessen. Auch die Versicherung Baldwins im Unterhaus über die englische Aufrüstung wird herangezogen. „Daily Mail“ zufolge sieht das von Sachverständigen ausgearbeitete und genehmigte Programm den Bau von 600 Flugzeugen und die Ergänzung der englischen Kreuzerflotte auf den Beattio-Standard vor, d. h. daß mindestens 20 neue Kreuzer während der nächsten zwei bis drei Jahre gebaut werden sollen. Ferner ist vorgesehen, das Armeearzenal Woolwoch, das in der Nähe von London liegt, zu verlegen, und zwar in das Innere des Landes, da das Arzenal, das 20 000 Arbeiter beschäftigt, augenblicklich vom europäischen Festland aus durch Flugzeuge und sogar durch Geschosse erreicht werden kann.

Willst Du Erfolge haben im Geschäft,

so inseriere im „Durlacher Tageblatt“ dem zugkräftigsten Organ für die Durlacher Geschäftswelt.